

»Wir müssen ein Volk von Freelancern werden!«

Rahel Uhlenhoff und Konstantin J. Sakkas im Gespräch
mit dem Unternehmer Götz W. Werner

Herr Werner, Sie befinden sich gerade gemeinsam mit Bundespräsident Horst Köhler auf Staatsbesuch in Lateinamerika. Am Wochenende waren Sie in Brasilien, wo Präsident Lula da Silva mit dem Familienstipendium »bolsa familia« eine Art Grundeinkommen für die arme Bevölkerung eingeführt hat. Hat dieses Modell dort überhaupt eine Zukunft?

Natürlich. Gerade am Beispiel von Entwicklungsländern sieht man, dass eine Volkswirtschaft nur funktioniert, wenn sich die Menschen erst einmal selbst versorgen können. Genau dazu ist das Grundeinkommen da, was am Beispiel von Brasilien oder Paraguay zu sehen ist. Die Menschen dort brauchen eine Grundversicherung, um überhaupt am Leben teilnehmen zu können.

Können schwache Volkswirtschaften das überhaupt verkraften? Die Inflationsgefahr ist doch riesengroß.

Irrtum. Inflation droht nur dort, wo nicht genügend produziert wird. Aber selbst ein Land wie Brasilien lebt im Überfluss. Faktisch herrscht dort längst keine Mangelwirtschaft mehr: Die natürlichen Ressourcen sind erschlossen, es gibt kaum eine Branche, die nicht Überkapazitäten hätte.

Woher dann die Krise? Brasilien ist das Land mit den größten Einkommensunterschieden weltweit, ein Fünftel der Menschen lebt in Armut.

Das liegt einfach an der geringen Binnennachfrage. Die würden dort auch mehr produzieren, wenn mehr im eigenen Land nachgefragt würde. Mit kleinen Beträgen kann das Grundeinkommen dort schon viel bewirken.

Das Konzept der Landreform halten Sie nicht für vielversprechend – in einem Land mit einem

denkbar steilen Gefälle zwischen Arm und Reich?

Eine Umverteilung des Landbesitzes würde nichts bringen, weil sie von dem Paradigma der Selbstversorgungswirtschaft ausgeht. Dadurch würde die Armut vielleicht neu verteilt, aber nicht behoben. Um das zu erreichen, muss ein Grundeinkommen her, und genau das geschieht jetzt.

In Ihrem neuen Buch nennen Sie als einen Grund für die Not in den Entwicklungsländern den »fiskalischen Kolonialismus« der reichen Staaten. Können Sie das erläutern?*

Sie müssen sich vorstellen, dass die Warenpreise unserer Exportprodukte aufgepumpt sind mit Steuern. Die Kosten für unsere inländische Infrastruktur sowie Sozialstandards bürdern wir über die Warenpreise allen Abnehmern auf, auch Entwicklungsländern. Außerdem führt unser Steuersystem dazu, dass große Teile der Produktion in Billiglohn- und Niedrigsteuerländer verlagert werden – eine neue Form des Kolonialismus.

Bei einem durch Konsumsteuer finanzierten Grundeinkommen wäre das anders?

Natürlich. Da bezahlt man nicht fürs Produzieren der Ware, sondern für den Konsum. Die Konsumsteuern fallen in dem Land an, in dem ein Produkt gekauft wird, und finanzieren die Sozialstandards dieses Landes. Für Menschen in Entwicklungsländern wären unsere Produkte bei einer reinen Konsumbesteuerung bezahlbarer.

* Götz W. Werner: *Einkommen für alle*. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2007. 224 Seiten, 16,90 EUR. – In der Mai-Ausgabe dieser Zeitschrift wird eine Besprechung des Buches durch Philip Kovčec erscheinen.

Ist Entwicklungshilfe in heutigem Maßstab dann überhaupt noch ein Thema?

Die würde ersetzt werden durch das Grundeinkommen. Der Hauptgrund für Entwicklungshilfe ist eben kein Mangel an Produktion, sondern Mangel an Konsummitteln, also Geld. Das gilt übrigens auch für die große Abwanderung aus den Entwicklungsländern: Menschen verlassen die Entwicklungsländer, weil sie bei uns etwas verdienen wollen, was sie dann meistens an ihre Angehörigen nach Hause schicken, damit die sich etwas zu Essen kaufen können. Sobald die Menschen dort, wo sie leben, auch ihr Grundeinkommen haben, hört Migration aufgrund wirtschaftlicher Gegebenheiten auf.

Sie haben erstmals den Bundespräsidenten auf einer Auslandsreise begleitet. Wann gehen Sie selber in die Politik?

Das habe ich nicht vor.

Wieso? Genau das erwarten viele Ihrer Anhänger!

Ich denke einfach, dass die Idee des Grundeinkommens noch nicht reif ist, um politisiert zu werden. Das ist ein Kulturimpuls, der Zeit braucht. Wenn dieser Gedanke erst in den Köpfen der Menschen angekommen ist, dann werden sich auch Politiker finden, die ihn praktisch umsetzen.

Dieser Politiker wollen Sie nicht sein? Sie kommen aus der Wirtschaft, sind unbelastet vom Parteienfilz.

Naja, so schlimm sieht es in der Politik nun auch wieder nicht aus! Ich möchte mich politisch gar nicht verorten lassen. Ich bin kein Agitator. Überhaupt: Unternehmer sind keine guten Politiker. Und es gibt heute ja schon genügend Interesse der Politik am Grundeinkommen – über alle Parteien hinweg.

Wirklich? In der SPD z.B. sieht das anders aus. Bei den Spitzenpolitikern vielleicht, an der Basis nicht. Der SPD-Ortsverein in Konstanz hat mir gerade eine Auszeichnung verliehen. Ich kann mich vor Anfragen für Vorträge gar nicht retten – von allen Parteien. Unten, an der Basis

ist viel Bewegung. Natürlich, oben trauen sich wenige ...

... Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus etwa, der mit dem solidarischen Bürgergeld eine Art Grundeinkommen in seinem Bundesland einführen will.

Ja, aber sonst sind die Spitzenpolitiker sehr verhalten – was ich ja auch verstehe. Schließlich schauen die primär darauf, wiedergewählt zu werden.

Bei welcher Partei sehen Sie die meisten Chancen für das Grundeinkommen?

Potentiell bei jeder.

Das ist etwas zu diplomatisch.

Aber realistisch. Mir hat neulich jemand gesagt: Mit dem Grundeinkommen kann ich endlich mein sozialistisches Herz mit meinem neoliberalen Verstand versöhnen. Damit schaffen wir finanzielle Sicherheit und liberalisieren zugleich den Kapitalismus. Damit kann sich jeder identifizieren.

Nächste Woche erscheint ein neues Buch von Ihnen: »Einkommen für alle«. Was wollen Sie Neues vermitteln?

Es geht mir darin weniger um neue Erkenntnisse, als darum, das Grundeinkommen im gesellschaftlichen Diskurs voranzubringen. Viele denken, dieses Thema würde nur die sozial schwachen Schichten berühren; dabei berührt es alle.

Wirklich? Sie etwa, als Unternehmer und Milliardär, können doch gewiss auch ohne Grundeinkommen leben.

Darum geht es ja nicht. Es geht um das Prinzip der Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben. Die Menschen müssen – und darum geht es in meinem Buch vor allem – ein Bewusstsein entwickeln für ihren Mitmenschen. Dass heute viele, in Deutschland und weltweit, unter dem Kapitalismus leiden, liegt daran, dass dieses Bewusstsein noch kaum entwickelt ist. Solange wir zwar in einer Fremdversorgungsgesellschaft leben, uns aber immer noch verhalten, als lebten



wir in der Selbstversorgung, bleibt der Kapitalismus rein egoistisch. Und dieser Egoismus ist in der Tat Gift für unsere Gesellschaft.

Das Gegengift ist das Grundeinkommen?

Ja. Das Entscheidende am Grundeinkommen ist doch die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Wenn ich heute jemanden bei dm einstelle, kann ich schon deshalb nicht einfach entlassen, weil dieser Arbeitnehmer den Job vor allem wegen des Einkommens macht, das ihm seinen Lebensunterhalt sichert. Mit dem Grundeinkommen wird das alles anders: Ich kann meine Einstellungspolitik rational koordinieren; der Arbeitnehmer wiederum kann sich seinen Job frei wählen. Die Deutschen könnten ein Volk von Freelancern werden.

Warum sind sie es heute noch nicht?

Wir leben zur Zeit unter politischen Rahmenbedingungen, die Initiative bremsen; was wir aber brauchen, sind Rahmenbedingungen, die Initiative wecken. Wenn die Menschen ihr erstes Grundeinkommen erhalten werden, dann werden sie sich als nächstes fragen: Was will ich wirklich arbeiten? Das Grundeinkommen an sich wird schon einen enormen Sog an privater Initiative entfachen.

Das wird bei der heutigen ausufernden Bürokratisierung in Deutschland kaum zu machen sein. Die muss radikal abgebaut werden. Schauen Sie sich mal den ganzen Sektor der Kulturarbeit an oder das Bildungswesen! Initiative wird dort geradezu erwürgt. In der Wirtschaft fragen wir überhaupt nicht nach Abschlüssen, sondern danach, was einer kann und was er nicht kann. Da zählt die individuelle Initiativkraft, sonst nichts.

In jüngster Zeit wird viel vom neuen Unterschichtenproblem gesprochen. Was kann das Grundeinkommen da verändern?

Das Grundeinkommen ist kein Allheilmittel für die persönlichen Probleme der Menschen. Aber stellen Sie sich einmal vor, Sie sehen nachmittags auf dem Kurfürstendamm einen Obdachlosen und wissen, der bekommt sein Grundeinkommen, oder eine Prostituierte. Das bekommt eine ganz andere Bewertung als heute, wo klar ist, dass es vor allem die verkehrte Wirtschaftsordnung ist, die die Menschen in eine solche Lage zwingt. Jemand, der ein Grundeinkommen erhält, hat jederzeit die Chance, innovativ zu werden und mit seinem Leben das zu unternehmen, was er für richtig hält.

Vielleicht auch das Falsche – etwa vor dem Fernseher hängen bleiben, was viele befürchten?

Meinetwegen auch das. Aber der soziale Crash, auf den wir unweigerlich zusteuern, würde nicht stattfinden. Ich erlebe das hier in Recife: Seit der Einführung von »bolsa familia« können Sie hier abends wieder sicher aus dem Hotel gehen. Vergleichen Sie das mal mit dem Aufstand in der Pariser Banlieue letztes Jahr! Wenn wir uns nicht schleunigst ändern, dann sieht es bei uns bald genauso aus. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

Der G8-Gipfel steht bevor und mit ihm wieder eine Welle der Globalisierungskritik. Bietet das Grundeinkommen auch hierfür eine Lösung?

Natürlich. Das Problem der Koppelung von Arbeit und Einkommen ist ja ein weltweites. Entscheidend ist auch hierbei, ob wir in der Lage sind, endlich zu begreifen, dass wir in einer

Welt leben, dass Dinge, die wir hier in Europa oder den USA tun, auch in der Dritten Welt Auswirkungen haben und umgekehrt. Dass es Armut gibt, ist nicht Schuld der Globalisierung, sondern der Unfreiheit in der heutigen Wirtschaftsordnung. Ob Reich oder Arm: Heute sind doch alle unfrei, die an ihren Einkommensplatz gebunden sind, das sieht man bei Arbeitern sowohl wie bei Managern.

Sie denken das Grundeinkommen global?

Es ist auf Globalisierung geradezu ausgelegt. Die reichen Länder müssen dabei Vorreiter sein und sich endlich dieser dringlichsten sozialen Frage stellen. Es reicht nicht mehr, von einer deutschen oder europäischen Sozialunion zu sprechen. Eine globale Sozialgemeinschaft muss her – mit einem Grundeinkommen für jeden Menschen. Das bringt auf die Dauer mehr als jede Entwicklungshilfe.

Herr Werner, Sie setzen sich seit Jahren für das Grundeinkommen ein. Wie muss der entscheidende Impuls zu seiner Durchsetzung aussehen? Es ist ganz klar, dass sich bei uns die Eliten

dieser Sache annehmen müssen. Unsere Oberschichten müssen aus der Polarisierung zwischen Arm und Reich heraus und sich ernsthaft mit der sozialen Frage auseinandersetzen. Das gilt für die Wohlhabenden, die Gebildeten, vor allem auch die Medien.

Wann rechnen Sie mit einer Einführung?

Das lässt sich schwer prognostizieren. Ich halte wenig davon, auf die Politik zu früh zu viel Druck zu machen. Wir dürfen sie nicht überfordern: Die Politiker müssen gegenwärtige Probleme angehen, wie Manager. Aber die Bürger können über die Probleme von übermorgen nachdenken. Da liegt die Chance für das Grundeinkommen. Denn letzten Endes sind die Politiker von uns beauftragt und richten sich nach dem Wind, der aus der Gesellschaft kommt. Aber die Gesellschaft muss den Wind auch erzeugen.

RAHEL UHLENHOFF und KONSTANTIN J. SAKKAS sind gemeinsam mit Philip Kovce Gründungs- und Vorstandsmitglieder der »Bürgerinitiative bedingungsloses Grundeinkommen« in Berlin, www.zukunft-grundeinkommen.de.